

Mittwoch 7. November 1928
Anzeigenpreis für die letzte Spalte: 10 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den ersten 10 Tagen 15 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 20 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 25 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 30 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 35 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 40 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 45 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 50 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 55 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 60 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 65 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 70 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 75 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 80 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 85 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 90 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 95 Pfennig pro Zeile pro Tag. In den folgenden 10 Tagen 100 Pfennig pro Zeile pro Tag.

Der Eisenkampf vor dem Landtag

Gemeinsamer Unterstützungsantrag der Regierungsparteien für die Ausgesperrten?

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 6. November.

Der Preussische Landtag befaßte sich in seiner Vollversammlung am Dienstag, den ersten Sitzungstag nach den Ferien, u. a. mit den Anträgen und Entwürfen der verschiedenen Parteien zu dem Eisenkampf in der Eisenindustrie. Von den Kommunisten wurde gefordert, daß die Metallarbeiter Gewerkschaften bilden und die betroffenen Gemeinden finanzielle Sonderzuschüsse erhalten. Auch die Sozialdemokraten hatten über den gleichen Gegenstand einen Antrag eingebracht. Vom Zentrum und von den Demokraten lagen zwei Interpellationen vor. Alle diese Anträge wurden in gemeinsamer Besprechung behandelt. Die Erörterung des Kommunisten Entwurfs war eine einzige Anklage gegen den Kapitalismus. Der Redner der Sozialdemokraten, Müller-Düssow, erklärte, die Unternehmer hätten aus der Konjunktur und aus Lohnverhältnissen so viel Gewinn gemacht, daß sie sich nicht durch den Schicksalspruch normierten Löhne tragen könnten.

Der Abgeordnete Dr. Deeb (Dnt.) erklärte, die Unternehmer hätten bei ihrem Vorgehen durchaus im Rahmen des Rechts gehandelt. Um Hilfen zu erhalten, sei es doch nicht, sondern lediglich um eine wirtschaftliche Kampfmittelnahme der Unternehmerricht zum Zweck der Regelung der Lohnverhältnisse. Wie der Arbeiter sich hierbei des Streikes bedienen dürfe, sei Sache der Arbeiter. Die Unternehmer seien zu unterstützen, und ohne Angabe von Hängungsgründen unter Einhaltung der gesetzlichen Hängungsfrist das Verhältnis lösen. Der Schicksalspruch habe jedes Eingehen auf den Standpunkt der Unternehmer vermissen lassen. Die Betriebe könnten Lohnhöhungen in dem festgelegten Umfang unmöglich tragen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache sprach der Zentrumsgewerkschaften Seeborn. Er gab der Meinung Ausdruck, daß die Unternehmer den Kampf gegen die Arbeiter zu führen hätten, um zu zeigen, daß sie ihre Verantwortung wahrnehmen. Nach dem nach kommunistischer Seite erklärt worden war, daß die Arbeiter gefordert an ihren Forderungen festhalten würden, verzogte das Haus den Schluß der Aussprache auf Mittwoch.

*

Der kommunistische Antrag verlangte von der Staatsregierung, sie möge unter Aufrechterhaltung aller arbeitsrechtlichen Bestimmungen von der Reichsregierung die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an die 220 000 ausgesperrten Metallarbeiter verlangen. Hierfür soll die Staatsregierung durch Sonderzuschüsse an die Gemeinden die Kommunalforderungen in die Höhe versetzen, die Differenz zwischen der Arbeitslosenunterstützung und dem zuletzt gewährten Lohn auszugleichen. Mit anderen Worten, die ausgesperrten Arbeitnehmer sollen den Kampf mit staatlicher Hilfe ohne jedes Risiko für sich selbst und unter den gleichen Bedingungen wie vor der erfolglosen Aussperrung durchzuführen können. Die Arbeitgebervereine sollen tagtäglich durch die Stilllegung der Werke Verluste erleiden. Es wäre möglich, über diesen rein agitatorischen Antrag Worte zu verlieren. Aber schon der Zentrumsantrag, mit dem sich am Mittwoch die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei befaßte, wird zeigt, daß die derzeitige Regierungskoalition einen gemeinsamen Antrag über die Frage der materiellen Unterstützung der Ausgesperrten vorbereitet. Die Sozialdemokraten schloß sich überdies mit den Kommunisten auf eine Stufe, wenn sie die Arbeitnehmer einstimmt mit dem Staat identifiziert, indem sie behauptet, „eine Niederlage der Arbeitnehmer“ (lies: der Gewerkschaften bzw. der schwerkraftigen Schlichtung) wäre „eine Niederlage der Staatsautorität“. In wirtschaftspolitischen Kreisen weiß man gerade in dieser Frage darauf hin, daß sich in Zukunft die Anparatlichkeit der stehenden und schicksalsrichterlichen Funktion der Staatsautorität niemals wieder abwälzen lassen könnte, falls diese selbe Autorität in dem gegenwärtigen Kampf Partei ergreift und die staatlichen Mittel zugunsten eines der Gegner einsetzt.

Reichstag am 12. November

(Telegraphische Meldungen)

Berlin, 6. November.

Der Vorkentrat des Reichstages beschloß in seiner heutigen Sitzung, daß der Reichstag schon am Montag, dem 12. November, zusammentreten und als erstes Gegenstand die Angelegenheit der Ausperrung in Weißrussland und Wiedereingliederung der Schlichtungsstellen beraten soll. In der zweiten Hälfte der Woche wird die am 10. November durchgeführte Sitzung der Reparations- und Rheinlandräumung mit den dazu gehörigen Anträgen vom Außenminister Dr. Stresemann durch eine Regierungserklärung eingeleitet. Nach Abschluß der außenpolitischen Aussprache kommen

die Anträge auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers zur Verhandlung.

Nach dem Zusammentritt des Reichstages wird vom Reichspräsidenten eine Konferenz der Vorstände der großen Gemeindeverbände mit den Parteiführern wegen Einsetzung eines kommissarischen Ausschusses einberufen werden. Da die nationalsozialistischen Ausschüsse einberufen werden. Da die nationalsozialistischen Ausschüsse einberufen werden. Da die nationalsozialistischen Ausschüsse einberufen werden.

Sitzung der Reichstagsfraktion der D. V. P.

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 6. November.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat am Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Schulz zu ihrer bereits vor längerer Zeit angekündigten ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammen. An der Sitzung nahmen auch Reichstagsfraktionsminister Dr. Curtius teil, ferner verschiedene Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion der D. V. P. darunter die Abgeordneten Stenkel, Scherhanke, Dr. von Campe und Buchhorn. Man nimmt an, daß im Laufe der Sitzung auch Reichstagsminister Dr. Stresemann erscheinen wird, um die Stimmungslage zu seiner Genesung persönlich entgegenzunehmen und einige Worte an die Fraktion zu richten.

Mageres Ergebnis in Königsberg

(Telegraphische Meldung)

Königsberg, 6. November.

Die Verhandlungen der Interkommision der Königsberger Konferenz wurden am Dienstag abgeschlossen. Die von litauischer Seite bekanntgegebenen, stand im Vordergrund der Verhandlungen die Frage Woldebars, wie jenseits sich der Einsetzung eines internationalen Regimes im Wilna-Gebiet stellen würde. Jenseits beharrte bezüglich dieser Frage nach einer einst. Autonomie des Wilna-Gebietes auf seinem ablehnenden Standpunkt. Zudem ging man zu der Beratung über den Waren Austausch zwischen Litauen und dem Wilna-Gebiet über, der wie Woldebars erklärte, bereits jetzt stattfindet, allerdings durch Schmutz. Man kam überein, die Frage des Waren Austausches in direkten Verhandlungen zwischen beiden Regierungen zu erörtern. Dieser Beschluß dürfte das einzige positive Ergebnis der Kommissionsberatungen gewesen sein. Am Mittwoch vormittag findet die Schlußvollversammlung statt.

Von polnischer Seite wird über die Kommissionsverhandlungen am Dienstag vormittag mitgeteilt: Was das Ergebnis der Erörterung der Kommission angeht, so wurde festgestellt, daß ein Einvernehmen am möglich ist. Man beschloß deshalb die Königsberger Konferenz zu schließen. Da aber eine gewisse Möglichkeit für einen Waren Austausch zwischen Polen und Litauen besteht, sollen unter Umständen zwischen den unmittelbar interessierten Parteien, also den Ministereien für Handel und Industrie in Warschau und Romo direkte Verhandlungen aufgenommen werden, wie der Waren Austausch zwischen Polen und Litauen zu gestalten ist. Auf diesen Verhandlungen sollen aber alle politischen Momente ausgenutzt werden. Von polnischer Seite ist dabei noch der Vorbehalt gemacht worden, daß die Transit- und Verkehrsfrage nur als Ganzes behandelt werden könne, also ohne Trennung der Eisenbahnfrage von der Häuferei auf der Memel.

Der Rücktritt des französischen Kabinetts

Poincaré der Urheber der Kabinettskrise

(Telegraphische Meldung)

Paris, 6. November.

Durch das Rücktrittsgesuch der vier radikal-sozialistischen Minister Perriot, Sarraut, Ferrier und Luculle hat Ministerpräsident Poincaré sich gezwungen gesehen, dem Staatspräsidenten Doumergue den Gesamt Rücktritt des Kabinetts zu erklären. Staatspräsident Doumergue hat die Demission angenommen.

Perriot richtete an Ministerpräsident Poincaré ein Schreiben, in dem er die Gründe für seinen Austritt aus der Regierung darlegte. In diesem Schreiben heißt Perriot u. a. folgendes: In diesem radikalen Parteienkampf von Angesichts gegen die Anträge abgelehnt habe, die den Austritt der radikal-sozialistischen Minister aus dem Kabinett verlangt hätten. Der radikal-sozialistische Antrag habe aber in einer Nachsicht diese Anträge wieder aufgegeben und angenommen, weshalb die radikal-sozialistischen Minister weiterhin nicht mehr über die notwendige Autorität verfügten, ihre Partei im Kabinett Poincaré zu vertreten. Der radikal-sozialistische Parteienkampf habe eine ausgesprochene Gegnerschaft gegen die Politik Poincarés erkennen lassen.

Zur französischen Kabinettskrise verlaute aus sicherer Quelle: Poincaré ist selbst geneigt, der die Initiative in die Hand genommen hat. Als ihm am Dienstag früh der Unterrichtsminister Perriot aufsuchte, und ihm seine und seiner Kollegen schwierige Lage schilderte, da dankte Poincaré zuerst für Perriots Bemühungen auf dem Kongreß von Angers und sein persönliches Eintreten für das nationale Kabinett, ließ ihn aber nicht im Illusionen darüber, daß die vom Kongreß von Angers aufgestellten Forderungen eine weitere Zusammenarbeit unmöglich machten. Die radikal-sozialistischen Minister konnten mit einem Bewußtsein in dem Kabinett nicht mehr angehören, dessen Rücktritt von ihrer eigenen Partei nicht möglich wäre. Der Regierung aber wäre es unmöglich, ihr Programm, das sie seit zwei Jahren durchführte, abzuändern. Poincaré konnte daher mit vollem Recht Perriot mitteilen, daß der Rücktritt der radikal-sozialistischen Minister in seinen Augen eine Notwendigkeit geworden sei. Diese Unterredung, die 20 Minuten dauerte,

entschied das Schicksal des Kabinetts.

In einer anschließenden Unterredung im Innenministerium zwischen Perriot, dem Innenminister Sarraut, dem Landwirtschaftsminister Luculle und dem Kolonialminister Ferrier wurde der Beschluß zur Demission gefaßt. Ganz leicht scheint es den vier Ministern nicht gefallen zu sein, da sie für ihre Beratungen mehr als eine Stunde bedurften. Sie richteten dann das gemein-

same Demissionsschreiben an Poincaré, in dem sie ihre Haltung rechtfertigten und ihr Bedauern ausdrückten, eine zweifelhafte lokale und vertrauensvolle Zusammenarbeit abbrechen zu müssen. Unterdessen hatte der Ministerialrat getagt und die Demission des gesamten Kabinetts beschlossen, die dem Präsidenten der Republik mitgeteilt und von jenem angenommen wurde.

Poincaré hat es verstanden, während der letzten zwei Jahre seiner Zielambitionen für Frankreich zu erfolgreicher Regierung sich zu bemühen und in dem Streben zu erweisen, die ihm politisch von Hause aus fernliegenden von französischen Standpunkt aus der politischen Arena - bis er eines Tages erneut als Präsident der Republik in das Licht einzieht - einen schmerzhaften Verlust zu bedeuten. Durch seinen Rücktritt wird das von ihm entworfene und der Finanzkommission der Kammer bereits vorgelegte Budget für 1929 auf das entsetzte bedroht.

Die Reparationsverhandlungen, die demnach zwischen Deutschland und den Alliierten beginnen sollen, würden durch das Ausscheiden Poincarés dem energiegelassen und hartnäckigen Vertreter des französischen Standpunktes der völligen Unnachgiebigkeit verlieren. Ein Vorteil für Deutschland, der nicht unterschätzt werden kann. Wenn man somit in Frankreich Poincaré nur sehr schwerem Herzen ziehen lassen dürfte, so würde sein Rücktritt in Deutschland nur aufrecht zu begründen sein.

Poincaré oder Briand

(Telegraphische Meldung)

Paris, 6. November.

In den Wandelgängen der Kammer war der Rücktritt des Ministeriums Poincaré Gegenstand der heftigsten Meinungsäußerungen. Die verschiedenen und am meisten entgegengesetzten Auffassungen wurden geäußert. Im allgemeinen fanden sich zwei Gruppen für die Bildung eines neuen Kabinetts gegenüber. Einerseits wurde berichtet, daß Poincaré erneut mit der Bildung des Kabinetts beauftragt würde, und daß es ihm gelingen werde, ein Ministerkollodium zusammenzubringen, das das Vertrauen der Kammer haben würde. Die Vertreter dieser Anschauung wiesen auf den außerordentlichen persönlichen Einfluß Poincarés und auf die Wichtigkeit des von ihm eingebrachten Budgets für 1929, das durch seinen Rücktritt bedroht wäre, hin. Die Gegner dieser Auffassung nennen Briand als zukünftigen Ministerpräsidenten und vermuten, daß er sich vor allem der Minister Briand bedienen würde. Die verschiedenen und am meisten entgegengesetzten Auffassungen wurden geäußert. Im allgemeinen fanden sich zwei Gruppen für die Bildung eines neuen Kabinetts gegenüber. Einerseits wurde berichtet, daß Poincaré erneut mit der Bildung des Kabinetts beauftragt würde, und daß es ihm gelingen werde, ein Ministerkollodium zusammenzubringen, das das Vertrauen der Kammer haben würde. Die Vertreter dieser Anschauung wiesen auf den außerordentlichen persönlichen Einfluß Poincarés und auf die Wichtigkeit des von ihm eingebrachten Budgets für 1929, das durch seinen Rücktritt bedroht wäre, hin. Die Gegner dieser Auffassung nennen Briand als zukünftigen Ministerpräsidenten und vermuten, daß er sich vor allem der Minister Briand bedienen würde. Die verschiedenen und am meisten entgegengesetzten Auffassungen wurden geäußert. Im allgemeinen fanden sich zwei Gruppen für die Bildung eines neuen Kabinetts gegenüber. Einerseits wurde berichtet, daß Poincaré erneut mit der Bildung des Kabinetts beauftragt würde, und daß es ihm gelingen werde, ein Ministerkollodium zusammenzubringen, das das Vertrauen der Kammer haben würde. Die Vertreter dieser Anschauung wiesen auf den außerordentlichen persönlichen Einfluß Poincarés und auf die Wichtigkeit des von ihm eingebrachten Budgets für 1929, das durch seinen Rücktritt bedroht wäre, hin. Die Gegner dieser Auffassung nennen Briand als zukünftigen Ministerpräsidenten und vermuten, daß er sich vor allem der Minister Briand bedienen würde.

Landwirtschaft-Handel-Industrie

Ausländischer Grundbesitz in Halle

Eine Ueberfremdungsgefahr liegt nicht mehr vor

Eine genaue Darstellung der Ueberfremdung des Grundbesitzes in den Groß- und Mittelstädten Preußens wird jetzt als besonders interessantes Einzelergebnis der letzten Reichswohnungsabzählung vom 16. Mai 1918 durch das Preussische Statistische Landesamt veröffentlicht. Für Halle im Vergleich mit den anderen Großstädten Preußens ergibt sich dabei folgendes Bild.

Am Tage der Reichswohnungsabzählung fielen von den 606 078 bebauten Grundstücken in allen dreißig in Betracht kommenden Großstädten Preußens (darunter 295 545 Grundstücke nach dem 1. Juli 1918 erworben) auf Halle 8981 bebauten Grundstücke (darunter 3047 nach dem 1. Juli 1918 erworben). Bebauten Grundstücke im Eigentum von preussischen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit treffen wie am Tage der Reichswohnungsabzählung in Halle überhaupt 63, unter 15 586 solchen Ausländer-Grundstücken in allen Großstädten Preußens. Nach dem 1. Juli 1918 erworben sind davon in Halle 55 Grundstücke, von 12 524 solchen Grundstücken in allen preussischen Großstädten. Es handelt sich dabei, nach den Feststellungen über die Zeit des Erwerbs der Grundstücke durch Ausländer meist um Käufe aus der Inflationzeit. Denn während von allen Grundstücken überhaupt in den Großstädten rund vier Fünftel nach dem 1. Juli 1918 in die Hände ihrer Besitzer vom Tage der Reichswohnungsabzählung gekommen sind, ist es bei fast neun Zehnteln der am Termin der Reichswohnungsabzählung im Eigentum von Ausländern befindlichen Grundstücken der Fall, daß sie nach dem 1. Juli 1918 von den Ausländern erworben wurden.

Halle nach seiner Bevölkerungszahl die sechszehntgrößte Stadt Preußens, liegt an einundzwanzigster Stelle der preussischen Städte nach Zahl der bebauten Grundstücke insgesamt, es befindet sich an neunzehnter Stelle der Großstädte Preußens nach Anzahl der bebauten Grundstücke im Ausländer-Besitz. Nach dem Ausländer-Besitz von bebauten Grundstücken liegt Halle über den bevölkerungsreichen Städten Gelsenkirchen mit 25, Bochum mit 33, Stettin mit 57 Ausländer-Grundstücken. Den höchsten Ausländer-Grundbesitz, abgesehen von Berlin mit 8918 bebauten Grundstücken im Besitz von Ausländern, weisen auf Frankfurt a. M., die fünfgrößte Stadt Preußens, mit 782 Grundstücken und Wiesbaden, die dreizehntgrößte der Großstädte Preußens, mit 718 Grundstücken im Besitz von Ausländern. Städte in Grenzgebieten, wie im Westen, und Städte, die immer durch ihre wirtschaftliche oder kulturelle Bedeutung die Ausländer viel angezogen, sind eben der Ueberfremdung

besonders ausgelegt. Den kleinsten Ausländer-Besitz zeigen von den preussischen Großstädten Gelsenkirchen, die fünfzehntgrößte Stadt Preußens, mit 25 und Bochum, die vierzehntgrößte preussische Stadt, mit 33 bebauten Grundstücken in Ausländer-Besitz.

Vom Ausländer-Besitz in Halle haben die Eigentümer von 41 Grundstücken ihren Wohnsitz im Inland, von 22 im Ausland, für alle Großstädte Preußens zusammen die Eigentümer von 5584 Grundstücken den Wohnsitz im Inland, von 9662 im Ausland.

Was die Verteilung des Ausländer-Grundbesitzes in Halle auf die fremden Staaten angeht, so gehören von den bebauten Grundstücken im Besitz von Ausländern den Staatsangehörigen von Polen 9 Grundstücke, Oesterreichs 15, Tschechoslowakei 16, anderen Oststaaten (Rußland, Litauen, Lettland, Estland, Finnland), 1 Dänemark, O. Frankreich, Belgien, O. Niederlande 8, Vereinigten Staaten von Amerika 6, sonstigen Staaten 13 Grundstücke. Die Nordamerikaner besitzen in allen preussischen Großstädten 609 Grundstücke (gegen 3, 2. 1918 von Südländern, 2879 Polen, 2004 Oesterreichern, 1477 Tschechoslowaken usw.), während man glaubte, daß besonders die Nordamerikaner mit einem Dollars deutschen Grundbesitz in Mengen aufkauften. Die Angehörigen der Oststaaten Europas, die ja nach dem Krieg Deutschland besonders früh überfluteten, sind mehr als im Westen Preußens, wo die Holländer-Grundbesitzer viel vorzuziehen, im Osten Preußens als Grundbesitzer vertreten, so z. B. in Hindenburg (Oberhavel) mit 100 v. S. aller im Ausländer-Besitz befindlichen Grundstücke; in Westfalen mit 92,8 v. S.; in Königsberg 35,6 v. S. In Halle sind 70 v. S. der im ausländischen Land befindlichen Grundstücke im Besitz von Angehörigen der Oststaaten; ebenso hoch ist der Prozentsatz in Magdeburg, in Berlin ist er 64,4 v. S., in Stettin 50,9, in Erfurt 50 v. S. Allgemein gesagt nehmen die Osteuropäer als Grundbesitzer vom Osten Preußens nach dem Westen Preußens ab; die Westeuropäer dagegen nehmen als Grundbesitzer vom Westen Preußens nach dem Osten Preußens ab, beides eine ganz natürliche Erscheinung.

In der Mehrzahl der Großstädte Preußens, um das noch kurz zu betrachten, geht seit der Beendigung der Inflationzeit der ausländische Grundbesitz zurück; weniger ist das der Fall in Städten mit viel ausländischem Kapital in Handel und Industrie, oder in Städten mit bedeutenden wirtschaftlichen Auslands-Interessen.

Einigung wurde eine feine Umänderung über eine Ausbeuteabteilung vom Geschäftsjahr 1927 ab getroffen. Eine Minimalsumme von 100 000 Mark wurde festgelegt, und zwar in solcher Höhe, daß sie den Zinsaufwand für den Kaufpreis der Aktien fast vollkommen deckte. Hinsichtlich der übrigen Schulden kann ich betonen, daß sie, abgesehen von der Dividenden-Pfandbriefe, im Vergleich zu den Offenerrenten meines Konzerns nur eine Bagatelle darstellen. Wintershall hat durch den Erwerb von Gumpel-Konzern seinen Druck auf mich ausgeübt. Wintershall besah seine Gumpel-Teilung bereits, als ich die Wintershall-Aktie erwarb. Die neuerliche Fortführung des Gumpel-Beiges konnte meine von Anfang an unerlöschliche Majorität über den Gumpel-Konzern nicht berühren. Ich habe die Wintershall-Aktie zum Preise von 117 500 Mm. je Aktie verkauft. Ich habe 1400 Akt. der Gumpelwerke Siegfried-Ges. und Königsb.-Hindenburg zum Preise von 14 000 Mm. je Aktie gekauft. Die Umwidmung dieses Geschäftes erfolgte in 5 bis am 1. November.

Wie der D. S. D. hierzu erfährt, handelt es sich bei dem Konfinkon, das die 201 Wintershall-Aktie übernimmt, um eine holländische Gruppe, die der Deutschen Metall-Industrie nahesteht. Die Gefahr einer Ueberfremdung von Wintershall ist keineswegs gegeben, da einerseits die Metall-Industrie A.-G. durch die Uebernahme von 140 Wintershall-Aktien in ihrer bisherigen Majorität über den Konzern beherrschend noch gefestigt wird — der Konzern beherrscht durch 641 Wintershall-Aktie verfügen — andererseits bietet das gemeinsame Vorstandsamt jedes Werk. Der Verbund-Konzern erhält für die 201 Wintershall-Aktie rund 30 Millionen, während er für die restlichen 140 Wintershall-Aktie, die bisher im Besitz des Wintershall-Konzerns befindlichen Gumpel-Aktie erhält. Die Vermutung, daß K. L. G. trotz der durch die Konzentration in erheblichem Maße herbeizuführenden klüßlichen Mittel eine Kapitalerhöhung vornehmen werde, hat sich nicht bewahrheitet. Der Verbund-Konzern dürfte durch diese neuen Mittel seine Bewegungsfreiheit in genügendem Maße gewährleisten. Die Tatsache, daß gegenwärtig die Kurstufensatzmieten nicht zurückgezogen werden, läßt darauf schließen, daß auch in Zukunft die größten beiden Metall-Konzerns freundschaftlich zusammenarbeiten.

Die Metall-Industrie A.-G. ist an dem Konfinkon durch Zahlungsausfall von 1400 Königsb.-Hindenburg-Aktien und Siegfried-Ges.-Aktien gegen 140 Wintershall-Aktie festgelegt, wobei die Gumpel-Aktie mit 14 000 Mm. je Aktie bewertet und bei der Spille in der Ausgabe wurde. Das Konfinkon hat der Metall-Industrie A.-G. ein gemeinsames Verkaufsamt auf seinen Besitz an Wintershall-Aktien eingeräumt.

Metall-Industrie A.-G. (Saale). Die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1927/28 aus einem Reingewinn einfließend 8756 (8902) M. von 97 189 (99 108) M. M., wieder eine Erhöhung von 9 Prozent auf die 1,5 Mill. M. M., Stamm- und von wieder 7 Prozent auf die 5000 M. M. Vorzugsaktien in Vorzahlung hoch ist die erzielte einen Betriebsergebnis von 1 683 901 M. M. gegenüber 1 439 725 M. M. im Vorjahr. Hierzu kommen noch Rückstellungen von 2703 (2814) M. M. Die Abschreibungen wurden auf 90 238 (84 023) M. M. festgelegt. Aus dem oben erwähnten Reingewinn verbleibt nach Abzug der Dividende ein Vortrag von 6889 M. M. Nach dem Vorstandsbericht drückte die Erwartung einer Steigerung der Produktion von 1000 M. M. und einer gesteigerten Einfuhr von Metallwaren nach Deutschland nach unten. Andererseits wurde die Preise für Qualitätsstoffe während der ganzen Kampagne eine steigende Tendenz auf. Dieses Mißverhältnis bei der einträglichen naturgemäß den Ertrag. Ein weiterer ungünstiger Umstand war die frühzeitige Umänderung der Brauerereien zu relativ niedrigen Preisen bei ungenügender Rohstoffversorgung. Doch trotz dieser ungünstigen Umstände ein Gewinn in Vorjahreshöhe erzielt wurde, begründet die Verwaltung mit der nicht unmerklichen Steigerung der Produktion, die voll verkauft wurde. Die Bilanz per 31. August 1928 zeigt im Vergleich zum Vorjahr u. a. ein Höhervermögen des Aktivenpostes auf 691 740 (686 152) M. M. Die Schuldner sind gegenüber dem Vorjahr von 616 694 M. M. auf 496 049 M. M. zurückgegangen. Dagegen erliefen die Bares bestände eine Erhöhung um mehr als 1 Mill. M. M. auf 2 889 731 (1. 1. 1925 667) M. M. Die Passivseite verzeichnet u. a. eine Erhöhung der Gläubiger von 1 283 866 M. M. auf 2 727 614 M. M. Die Auslastung für das kommende Jahr werden von der Verwaltung etwas günstiger beurteilt.

Frankfurter Abendbörse
Frankfurt, 6. November. Die Abendbörse war fast geschloffen, da die französische Regierungskasse eine starke Zurückhaltung bei der Veräußerung von Anleihen machte. Die Abgaben der Spekulation überwiegen etwas schwächer. A. G. Bergbauindustrie, Alkali, Siemens und Oberthur 1 Prozent unter Verkäufer, Alkali, Siemens verlor vollkommen, die anderen Aktien, die in den Rentenmärkten fanden kaum Umsätze statt. Am Beschlusse hielt die Geschäftsbörse unverändert an.

Dividenden	
Sächsl. Metall-Ind., Dresden-Braun	10 (10)
Thür. Elektr. u. Wass., Apolda	9 (8)
Ver. Thüring. Brauereien, Weimar	10 (10)
Bank elektr. Werke A.-G., Berlin	10 (10)
Durana-Schulzfabrik, Erfurt	10 (10)
Vauquier Brauerei u. Mälzerei	15 (14)
Milchwerke A.-G., Berlin-Rauzig	6 (7)
Milcherei A.-G. vom. Weide, Bötzen	10 (10)
Milchener Versicherungs-Ges.	12 (10)

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt

Internationale Zuderwoche

In zunehmendem Maße suchen leitende Kreise zu begründen, warum der Preisrückgang, der mit Ausnahme weniger bevorzugter Länder (speziell Java), die Zuckerverhältnisse nicht mehr einzuengen gestattet, aus früheren Erfahrungen gegenüber bereits zu weit gegangen ist. Selbst wenn das neue Jahr nach einer letztmaligen Produktionssteigerung von 1 350 000 Tonnen eine neue Zunahme von 2 000 000 Tonnen bringen sollte (was noch ungewiss ist), bliebe dies immer noch erheblich hinter dem Jahre 1924/25 zurück, in welchem auf eine Steigerung von etwa 1 800 000 Tonnen im Jahre zuvor eine neue Produktionszunahme von 3 000 000 Tonnen gefolgt wird. Und dabei fehlt damals ein für die Beurteilung der kommenden Ernte besonders ins Gewicht fallender Faktor, nämlich das jetzt überall beobachtete, ungewöhnlich starke Zusammenstumpfen der unsichtbaren Vorräte. Trotzdem stellte sich im obigen Jahre selbst der niedrigste Preis noch über 5,- Mark höher als der heutige. Dabei ist es von Interesse, zu sehen, wie die spätere Marktentwicklung von den Hauptmärkten verschieden beurteilt wird. Am günstigsten geschieht dies von New York, wo der Septembertermin (in Parochung), etwa 1,36 Mark über Dezember bemerkt wird. Demgegenüber steht August in London nur etwa 1,- Mark und in Hamburg sogar nur etwa 30 Pfennig über Dezember ein. Welche Beurteilung die richtige ist, muß die Zukunft lehren.

Einwärtlich erscheint es verständlich, wenn Hamburg der Verkaufsfrist, die der Java-Zucker für seine große laufende und kommende Ernte eingeschlagen hat, und der durch die Verknüpfung des Rohzuckers erleichterten Konkurrenz der Kuban-Zucker in England durch vorzügliche Preisstellung der jenseitigen Züchten Bedenken zu tragen sucht. Andererseits zieht deren hohe Bewertung die Sicherungsabgaben, welche die Höhe- und Währungsgebiete gegen ihre Produktionen in den Terminmärkten vornehmen, natürlich in erster Linie nach New York. Es trägt dies mit zu den enormen Tagessummen bei, die in der abgelaufenen Zuderwoche wieder auf einen Durchschnitt von 70 000 Tonnen gestiegen sind. Und trotz des verhältnismäßig also hohen Preisstandes des New Yorker Septembertermins hielt derselbe nach den Feststellungen einer führenden New York-Firma — im Gegensatz zur Ansicht der meisten anderen Artikel und der Gesamtentwicklung ungeachtet, in Mark umgerechnet und auf den heutigen Kurs übertragen, etwa

70 Pfennig niedriger als der sechszehnjährige New Yorker Durchschnittspreis vor dem Kriege.

Es demagogisiert sich solchen, auch durch viele andere Beispiele gestützt, allgemeinen Erwägungen gegenüber aber die alte Erfahrung, daß wichtiger als selbst die wichtigsten Artikel über die spätere Gesamtlage des Artikels, für die Preisbildung doch das

einseitige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bzw. zwischen Entlastungsbedarf der Produktionsseite und Aufnahmefähigkeit und -Tätigkeit der Käufer ist. Das zum mindesten die Internierungslust schon durch die viel beprobenen gemauerten Verkaufs-erläumte, die der Java-Zucker mit großen Preisopfern bei Europa-Verkäufung in so schneller Folge erlangte, lag in der Natur der Sache. Es kam inzwischen aber erschwerend hinzu, daß er ganz übersehenberweise die Entlastung des asiatischen Marktes auch für die neue Kampagne durch solche Preisopfer freizugeht und es natürlich ganz unklar bleibt, in welchem Umfang dies weiter gesehen wird. Demgegenüber traten Faktoren, die sonst günstig gewirkt haben würden wie gute amerikanische Einfuhrerlaubnisse, und Raffinadenabstufungen, an Bedeutung zurück. So schloßen New York paritätisch 25 bis 40 Pfennig, London (das zuletzt etwas erhöht kam) 12 1/2 Pfennig und Hamburg 25-30 Pfennig niedriger als vor 8 Tagen. Auch im Inlande kaufte man weiter nur das Dringende, wobei die Raffinerien November/Dezember bis zu 24 Mark und die Weiszuckerfabriken bis zu 23,25 Mark abgaben.

Burbach-Wintershall

In der Aufsichtsratsitzung des Kaiserliches Krügersball am 5. d. M. in Berlin wurden über das Unternehmen Burbach-Wintershall von dem Vorsitzenden Dr. Gerhard Krüger folgende Mitteilungen gemacht: Im Dezember 1928 hatte ich für den Burbach-Konzern 301 Wintershall-Aktie erworben. Ich wollte damit verhindern, daß ein für die deutsche Metallindustrie so bedeutungsvoller Besitz in Hände gerate, die nicht zur Realisation der Aktien und der deshalb den Metallwirtschaftsgenossenschaften Interessen fremd gegenüberstehen würden. Ferner erstrebte ich die Einzigkeit der Metallindustrie. Die Veräußerung durch das Geschäft für mir meinen Konzern, obwohl es kurz vorher möglichen Einfluß auf den Gumpel-Konzern genommen hatte, nicht zu last. Die Commerzbank und J. Herz Schröder in London gaben mir, dank der Mitwirkung meines Freundes, Bankdirektor Schulze, das erforderliche Geld zu mäßigen Zinsen auf fünf Jahre fest. Die Verlangungsmöglichkeit auf weitere drei Jahre stand außer Zweifel. Die Schuld war also so gut wie fundiert.

Das Mißgehe des Geschäftes lag in der Frage der Einigung mit dem Besitzer der Gesellschaft Nebenwabe, die über die Mehrheit der Wintershall-Aktie verfügt und damit den gesamten Wintershall-Konzern beherrscht. Dieses Mißgehe wurde jedoch nicht so schwer, wie allgemein angenommen wurde; denn ich mußte, daß die Gewerkschaft Nebenwabe und insbesondere Herr Dr. Herz, den Gedanken der Einigung in der Metallindustrie ebenfalls hegen. Tatsächlich kam der Fall erst am 11. März 1927 auf. Ein Austausch von Vertretern beider Konzerne in den Verwaltungsräten wurde vereinbart und als Hauptpunkt der

Sparkasse — Kreisbank des Saalkreises

Fernsprecher 26112 und 26142 (Halle Saale) Fernsprecher 26112 und 26142

Zweigstellen in Artern, GutsMuths, Köhner, Löbel, Wölln, Beesenlaublingen und Niemberg

Annahme von Spareinlagen auf mündelsicherer Basis gegen zeitgemäße Verzinsung / Erledigung bankmäßiger Geschäfte